FRAGE: Die Rede ist vom politischen Benehmen.

ACKERMANN: Die Hauptaufgabe dieser Leute ist die Wiederherstellung des normalen Lebens in der Stadt. Die politische Erziehung dieser 20 Genossen, die mit uns eingetroffen [. . .]

STIMME: Wie benimmt sich die einheimische Bevölkerung zu ihnen?

ACKERMANN: Auch gut.

STIMME: Wissen sie, daß das Kriegsgefangene sind?

ACKERMANN: Ja. Sie sehen, daß sie gut arbeiten, hundertmal besser als einheimische Leute, sie genießen großes Ansehen. Die Gewerkschaften, Direktoren und Ingenieure großer Betriebe betrachten sie als Leute von großem Ansehen.

FRAGE: Gab es zur Tätigkeit Thomas Manns irgendwelche Aufrufe an das deutsche Volk, auf unserem Territorium oder auf dem Territorium der Verbündeten?[66]
[. . .][67]

ACKERMANN: Das ist schwer vorherzusehen. Jedoch im allgemeinen gibt es bei alten Sozialdemokraten das Bestreben, sich der Gewerkschaftsfrage anzunehmen und neue Gewerkschaften unter ihrer Leitung zu gründen. Das ist das Wichtigste. In Dresden zum Beispiel haben sie sich in der Krankenkasse eingerichtet und konzentrieren alle Kräfte namentlich auf die Krankenkasse. Und in Berlin fangen sie mit der Wohlfahrtsgesellschaft an.
Doch hierbei muß man bedenken, daß die Bevölkerung vorläufig nicht weiß, daß die Gründung aller antifaschistischer demokratischer Organisationen erlaubt ist. Wenn dieser Beschluß der breiten Öffentlichkeit bekannt wird, wird es zweifellos eine Sozialdemokratische Partei und katholische Organisationen geben.

FRAGE: Haben Aufrufe aus dem Westen Deutschland erreicht?

ACKERMANN: Nein, mir ist nichts bekannt. Möglich, daß es im Westen solche Aufrufe gibt.

ULBRICHT: Was die Frage der Jugend anbelangt, so sind wir darauf gestoßen, daß mehrere Jugendkomitees gegründet worden sind. Einer der Jugendinstrukteure ist unser ehemaliger Schüler der Antifa-Schule im Lager Nr. 7; dann zwei Mann von den ehemaligen Instrukteuren der Kommunistischen Jugend.[68] Im Bezirk Neukölln gibt es nach Informationen, die mir vorliegen, einige Mitglieder der ehemaligen Hitlerjugend. Wir hatten eine Diskussion zu dieser Frage. Einige meinten, daß wir zur richtigen politischen Leitung einen alten erfahrenen Genossen in dieses Komitee schicken sollten. Jedoch wir sagten nein, weil wir meinen, der Leiter muß aus Jugendkreisen sein.

Über die Sozialdemokratie ist zu sagen, dort ist die Lage folgende. Unter den führenden Funktionären der Sozialdemokratie in Berlin findet ihr Reichstagsabgeordnete und wir arbeiten mit ihnen. Gegenwärtig haben wir einen Vertreter der Hamburger Organisation der Sozialdemokraten da.[69] Er hat erklärt, daß sie in allen Fragen mit uns gehen.
Was die Intelligenzkreise anbelangt, so ist es uns gelungen, ziemlich bekannte Leute für die Mitarbeit zu gewinnen, zum Beispiel den Kinoregisseur Ulmann [?, J. L.], den bekannten Berliner Tenor Bonner[70], den Schauspieler . . . [Name fehlt, V. B.], der allerdings noch etwas zögert, eine ganze Reihe Schuldirektoren, die allerhand Unannehmlichkeiten seitens der Nazis unterworfen waren, eine Anzahl Direktoren von Betrieben, die noch funktionieren, zwei herrliche Propagandisten aus der Geistlichkeit[71] und eine ganze Reihe von Ministerialbeamten und Leuten vom Volkssturm. Wir haben noch eine ganze Reihe von Leuten, wir haben auch einige Teilnehmer an den Ereignissen des 20. Juli, die im Bezirk Charlottenburg arbeiten. Weiterhin ist die Lage so: Dadurch, daß die Kommunisten in den Gefängnissen gute politische Arbeit geleistet hatten, erwies sich, daß alle die Leute aus bürgerlichen Kreisen, die mit ihnen zusammen gesessen haben, gegenwärtig ehrlich arbeiten. Diesen Leuten wurde sofort materielle und andere Hilfe erwiesen. Ich war selbst in Spandau und habe mich um ihre Versorgung gekümmert. Das Kommando der

66 Gemeint sind offensichtlich die insgesamt fünfundzwanzig Radiosendungen Thomas Manns, die zwischen Oktober 1940 und dem 10. Mai 1945 durch die British Broadcasting Corporation in Richtung Deutschland ausgestrahlt wurden. Vgl. Thomas Mann, Deutsche Hörer!, Leipzig 1970.
67 Im Stenogramm fehlt die Antwort auf diese sowie die nächste Frage, die sich wahrscheinlich auf das zu erwartende Verhalten der Sozialdemokraten bezog.
68 Hier handelt es sich offensichtlich um Heinz Keßler (Schüler der Antifa-Schule), Hans Mahle und Erich Honekker (Funktionäre der kommunistischen Jugend). Vgl. dazu Ulrich Mählert, Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949, Paderborn 1995, S. 41.
69 Gemeint ist offensichtlich Gustav Dahrendorf (1901–1954), 1932/33 MdR für Hamburg. Am 12. Juni 1945 erklärte er in einer Aussprache im Berliner Stadthaus: »Das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands findet unsere rückhaltlose und vorbehaltlose Unterstützung. Wir sind bereit, auf diesen Boden zu treten, wir sind bereit zur gemeinsamen Arbeit.« Zit. nach G. Keiderling (Anm. 4), S. 524.
70 Biographische Angaben zu Ulmann und Bonner konnten nicht ermittelt werden.
71 Hier könnten die Mitglieder des ersten Berliner Magistrats, der katholische Pfarrer Peter Buchholz und Probst Heinrich Grüber gemeint sein. In Frage kämen aber auch: Harald Poelschau (nach dem Krieg kurzzeitig Seelsorger bei der Berliner Polizei) und Otto A. Dilschneider (1904–1991), der als Pfarrer im Kulturbund mitarbeitete.

Roten Armee hat genauso geholfen. Sie wurden auf Autos gesetzt, zu uns gebracht und sie fingen sofort mit der Arbeit in der Kommunalwirtschaft an. Es wird gefragt, wie führen sich die Schüler der antifaschistischen Schule auf. Einer von ihnen wurde [Chef des] Polizeipräsidiums von Berlin[72], ein anderer Leiter vom Post- und Fernmeldewesen in Berlin. Die übrigen sind auf die Bezirke verteilt und sind hauptsächlich mit Kaderarbeit beschäftigt, die Vertrauen zu ihnen verlangt.
Was die weitere Verwendung der Kriegsgefangenen anbelangt, so ist die Lage folgende. Jetzt brauchen wir Leute, die eine mehr oder minder hohe politische Ausbildung haben. Was die übrigen Genossen betrifft, so werden etwa 50 Mann für die Arbeit gebraucht. Gegenwärtig ist die Lage so, daß wir Antifaschisten brauchen, die selbständig Vorträge halten können. Überhaupt, an Kadern herrscht kein Mangel, sogar leitende Kader sind ausreichend vorhanden. Die Bezirksleitungen bestehen alle aus ehemaligen Funktionären der Kommunistischen Partei Deutschlands und aus einer ganzen Reihe ehemaliger Reichstagsabgeordneter, die jetzt mitarbeiten. Großer Bedarf besteht an Leuten, die ideologisch beschlagen sind.

DIMITROFF: Eine polygrafische Basis ist vorhanden, Papier ist vorhanden, außer Zeitungen muß auch andere Literatur gedruckt werden. Die Matritzen können von hier genommen und dort hingeschickt werden.
Wenn es keine weiteren Vorschläge gibt, können wir unsere Beratung schließen.

72 Gemeint ist Paul Markgraf, ehemaliger Oberst der Deutschen Wehrmacht, in der Gefangenschaft Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland.

Wandel durch Abwarten

Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen

Peer Pasternack, Leipzig

In der Bundeswehr und an den ostdeutschen Hochschulen ist die *innere Einheit* am weitesten fortgeschritten: So ließe sich das Ergebnis einer vergleichenden Lektüre der Zwischenbilanzen und politischen Statements formulieren, die zum Fortgang der ost-west-deutschen Zusammenführung in den letzten drei Jahren erschienen sind. In einem Punkt scheint die Bundeswehr den Hochschulen sogar ein Stück voraus zu sein: Ist dort von der inneren Einheit die Rede, so spricht man immer auch von wechselseitigem Personalaustausch – vom Weststandort nach Ost und von Ost ins Westregiment. Innere Einheit an den Hochschulen indes meint allein: Wie kommen Ost- und Westdeutsche an den Ost-Hochschulen miteinander zurecht? Immerhin stellte der dabei zu bewältigende Zusammenprall zweier deutlich verschiedener Wissenschaftskulturen einen wissenschaftsgeschichtlich eher seltenen Vorgang dar.

Quellen der Darstellung

Im Rahmen eines weitergefaßten Projekts[1] haben wir unter anderem das Ost-West-Verhältnis an ostdeutschen Universitäten erfragt. Empirische Technik hierfür war ein leitfadengestütztes Interview. Dieses wurde zwischen Juli und November 1995 28mal geführt: mit 26 Dekanen und Institutsdirektoren[2] geisteswissenschaftlicher Fakultäten bzw. Institute[3] an sechs Universitäten[4]. Hinzu kamen zwei ostdeutsche Gesprächspartner, die wir zu Einrichtungen befragt hatten, die in ihrem früheren strukturellen Zuschnitt heute nicht mehr bestehen. Die Quellen sind im folgenden, bezüglich ihrer Herkunft,

1 »Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung ›Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR‹«, Konstanz 1990, durchgeführt am Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrum der Universität Leipzig, gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
2 Für die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner werden im folgenden nur die männlichen Bezeichnungen verwendet, um Deanonymisierungen zu vermeiden.
3 Geisteswissenschaften i. e. S.: Philosophie, Geschichts-, Sprach- und Literatur-, Musik- sowie Kulturwissenschaften, Kunstgeschichte, Asien-, Afrika-, Orient- und Altertumswissenschaften. Außer acht bleibt hier die Theologie.
4 An denen, die bereits 1990 Volluniversitäten waren: Rostock, Greifswald, (Ost-)Berlin, Leipzig, Halle-Wittenberg und Jena.

mit O = Ostdeutscher, W = Westdeutscher sowie A = Ausländer spezifiziert und im übrigen anonymisiert. Die Kategorisierung folgt keiner Tendenz gefälliger Ethnisierung. Sie soll lediglich biographisch-kulturelle Kontextualisierungen ermöglichen.

Ost und West-Statistik

Von den 26 interviewten Dekanen und Institutsdirektoren stammen 19 aus Westdeutschland. Sieben waren bereits früher an der jeweiligen Einrichtung (bzw. einer Vorgängerin) beschäftigt, sind also Ostdeutsche.
Die geisteswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereiche an den von uns einbezogenen sechs Universitäten umfassen insgesamt 428 Etatprofessuren. Dieser Lehrkörper setzt sich aus 119 Ostdeutschen, 229 Westdeutschen und sechs AusländerInnen zusammen. Die verbleibenden 74 Professuren sind noch unbesetzt. In der Perspektive der angestrebten Durchmischung ist also festzuhalten: Die geisteswissenschaftliche Professorenschaft an diesen Universitäten besteht durchschnittlich zu 33,5 % aus Ost-, zu 65 % aus Westdeutschen und zu 1,5 % aus AusländerInnen.[5]
Dabei ist zu beachten, daß die Schwankungsbreite recht groß ist. Während etwa in den geisteswissenschaftlichen Instituten des Fachbereichs (FB) Geschichte/Philosophie/Sozialwissenschaften der Universität in Halle nur eine Professur von insgesamt 14 ostdeutsch besetzt ist, finden sich Bereiche wie die Philologische Fakultät der Leipziger Universität mit einem ausgeglichenen Ost-West-Verhältnis. Eines gibt es indessen nicht: eine Fakultät, in der auf mehr als die Hälfte der Professuren ostdeutsche BewerberInnen berufen worden sind. Die Schwankungsbreite erklärt sich zum wesentlichen Teil durch die jeweils vertretenen Fächer. So ist der Anteil ostdeutscher StelleninhaberInnen in den Sparten Philosophie und Geschichtswissenschaften ähnlich niedrig wie in den gleichfalls völlig neu aufgebauten Sozialwissenschaften. Vornehmlich in den sog. Kleinen Fächern, wie Musikwissenschaft oder Archäologie, dagegen sind Ostdeutsche relativ gut vertreten, obschon hier (um Standardausstattungen zu erreichen) bei zusätzlich eingerichteten Professuren auch meist westdeutsche BewerberInnen zum Zuge kamen.

Zu den regulären Stellenbesetzungen kommen insgesamt 78 ostdeutsche HochschullehrerInnen (Dozenten und Professoren) hinzu, die außerhalb von regulären Professuren beschäftigt sind: entweder als Hochschullehrer alten Rechts – auf etatisierten Mittelbau- oder C2-Stellen oder auf Überhangstellen, z. T. infolge von Wiedereinklagung ins Arbeitsverhältnis nach vorangegangener Kündigung – oder auf WIP-finanzierten[6] Stellen. Die mitgliedschaftliche Stellung dieser HochschullehrerInnen ist unterschiedlich geregelt. Ein besonders hoher Anteil solcher Beschäftigungen ist an der Humboldt-Universität (HUB) zu konstatieren: 38 HochschullehrerInnen alten Rechts bzw., ausnahmsweise, WIP-gefördert sind in den Geisteswissenschaften tätig. Zum Vergleich: Die Universität Leipzig beschäftigt 14 geisteswissenschaftliche HochschullehrerInnen alten Rechts.
Das Ost-West-Verhältnis beträgt bei den interviewten Dekanen 3:9, bei den Institutsdirektoren 4:10. Dies ist jedenfalls für die Geisteswissenschaften repräsentativ, wie ein Abgleich mit der Besetzung von Leitungspositionen ergab, die nicht in die Interviewserie einbezogen waren. Im Verhältnis zum Anteil ostdeutscher HochschullehrerInnen neuen Rechts (33,5 %) ist die Besetzung von Dekanaten und Institutsdirektionen durch Ostdeutsche mit 27 % also leicht unterdurchschnittlich.

Ost und West in der akademischen Selbstverwaltung

Einige wenige Gesprächspartner hielten die Besetzung von Ämtern für einen ungeeigneten Indikator: Turnusmäßige Rotationen seien für die augenblicklichen Besetzungen verantwortlich, die Ost-West-Verteilungen mithin zufällig. Der prozentuale Anteil der OstkollegInnen bei Funktionswahrnehmungen entspreche der numerischen Konstellation Ost-West. Wenn auch die besagte Unterdurchschnittlichkeit nicht dramatisch genannt werden kann, so ergab unsere Befragung doch: Mehrheitlich wird eine deutliche Zurückhaltung der Ostdeutschen bei der Übernahme von Funktionen in der akademischen Selbstverwaltung generell konstatiert. Dafür werden eine Reihe von Gründen mitgeteilt.
Am häufigsten wird angeführt, daß es eine solche Zurückhaltung zwar heute gebe, aber erst, nachdem die Ost-KollegInnen den Prozeß drei Jahre lang getragen hätten. Es handele sich mithin um normale Ermüdungserscheinungen, die wohl aber nicht dauerhaft anhalten würden. Ein Dekan (W) sieht alle Institute seiner Fakultät deshalb unter West-Leitung, weil anfangs *»ein hochkomplexes psychisches Gebilde vorgefunden«* worden sei, *»eine Mischung aus Abwehr und Neugierde. Die Botschaft war: ›Jetzt sind Sie* [= die Westdeutschen] *da – jetzt tun Sie was!‹, wesentlich auch als Ausdruck der Erschöpfung bei den Ostlern. Das wird sich bei den nächsten Wahlen ändern.«* Eine ähnliche Beobachtung machte ein Berliner Institutsdirektor (W) anfangs: *»Die Ostdeutschen sagten nach Ankunft der Wessis: ›Macht Ihr mal.‹«* Nun allerdings werde das interpretatorisch gewendet: *»Jetzt sagen sie: ›Wir sind ausgegrenzt.‹«*
Ein Ostdeutscher erkannte den Grund der West-Dominanz in der Selbstverwaltung darin, daß *»die Wessis kompromißbereiter im Verhältnis zur staatlichen Verwaltung«* seien: *»Die Ossis haben in ihrem Leben schon zu viele Kompromisse geschlossen. Die sind jetzt nicht mehr kompromißfähig.«*
Andere Fakultäten bemühen sich ausdrücklich um Gremienmischung, und ein Dekan hält es für einen *»großen Vorteil, daß der Dekan immer noch ein Ossi ist«*. Das sei im Philosophischen Fakultätentag eine Seltenheit. Ein weiterer ostdeutscher Dekan findet seine Stellung vor allem deshalb bemerkenswert, weil es am Bereich überhaupt nur zwei Ost-Professoren gibt.
Zurückhaltung der Ostdeutschen in der Selbstverwaltungsarbeit ergebe sich, so wird weiterhin mitgeteilt, aus Hierarchisierungen. Der (weithin ostdeutsch majorisierte) Mittelbau halte sich zurück, *»da die Professoren überall das Sagen haben«*, meint ein Ost-Professor. Und, abgesehen davon, daß es nicht mehr so viele Ossis gebe, säßen die Ost-Professoren, die noch da sind, auf C3-Stellen: Diesbezüglich würden – von den C4-Stelleninhabern – auch merkbare Distinktionen vorgenommen. Das zeige sich – eher anekdotisch, aber aussagekräftig – etwa darin, daß den C3-Besoldeten prinzipiell die kleineren Räume zugewiesen würden. Schließlich: *»Wer von den Ost-Professoren zwar beschäftigt, aber nicht auf einer ›richtigen‹ Professur ist, wird von den West-Kollegen auch so behandelt wie einer, der es ›nicht geschafft hat‹.«* Hinzu komme, daß den Ostdeutschen die administrativen Erfahrungen, die Kontakte und das Gespür für die Atmosphäre im West-Wissenschaftssystem fehlten, sagt ein (sehr aktiver) Ost-Professor. Dem korrespondiert, daß die *»Ost-Erfahrungen nicht gefragt«* seien.

Ost und West: keine Differenzen

Die oben anklingenden Ost-West-Differenzen werden freilich auch häufig bestritten. Von unseren 28 Interviewpartnern haben zwölf ausdrücklich angegeben, daß keine bzw. kaum wesentliche Differenzen oder Konflikte bestünden. Die Ost-West-Mischung der sich so Äußernden war durchwachsen. In den Interviewverlauf eingebaute Kontrollfragen brachten indes auch in deren Einrichtungen fast immer bestehende, oft unterschwellige Differenzen an den Tag. Völlige Eintracht, zumindest im Ost-West-Fokus, herrscht wohl nur in solchen Instituten, deren Ostpersonal-Anteil gegen null geht. *»Ein Zusammenraufen ist fast nirgends notwendig, da kaum Ost-Professoren da sind«*, formuliert es ein Historiker und Dekan (W).
Offensichtlich scheint jedenfalls, daß es deutliche Fächerunterschiede gibt. Zuvörderst in den Kleinen Fächern tauchen Äußerungen auf wie: *»Ich habe noch nie so harmonisch in meinem Leben gearbeitet«* (ein Musikwissenschaftler W), oder: *»Die Zusammenarbeit verläuft ausgesprochen harmonisch, es ist kaum bemerkbar, woher die einzelnen jeweils kommen«* (ein Archäologe O). Ein anderer Archäologe (O) benennt mögliche Gründe für die Problemlosigkeit: *»Es gab im Prinzip keine getrennte Ost-West-Rezeption innerhalb des Faches. Entweder etwas war gut oder nicht gut. Zudem waren in gewisser Weise manche West-Archäologen marxistischer als die DDR-Archäologen, etwa bei der Interpretation von Mensch-Umwelt-Be-*

5 Wir müssen uns hier auf die Professuren beschränken, da die Angaben zum Mittelbau zu ungenau und augenblicksgebunden sind.
6 Wissenschaftler-Integrations-Programm: aufgelegt, um die Integration von früheren Akademie-ForscherInnen in die Hochschulen zu fördern; der Erfolg des Programms (das wäre die unbefristete Hochschulanbindung der Betreffenden) ist nach wie vor ungewiß.

ziehungen.« Ein Jenaer Professor (W) verweist darauf, daß *»die Erneuerung an der Friedrich-Schiller-Universität aus der Hochschule selbst kam, daraus ergab sich eine größere Akzeptanz«* für alles Nachfolgende.
Die Aussage eines Sprachwissenschaftlers (O): *»Zwischen Ost- und Westdeutschen herrscht nicht in jedem Falle Harmonie, aber nie Überheblichkeit«*, wird etwas relativiert durch die eines Kollegen von der gleichen Fakultät (O): *»Von den Westdeutschen war kaum zu hören gewesen ›Mit uns blüht die Wüste‹.«* Da es »kaum« vorgekommen war, war es wohl vorgekommen. Eine besondere Form der Konfliktabwesenheit zeigt ein Institutsdirektor in Mecklenburg-Vorpommern (W) an: *»Das wissenschaftliche Ost-West-Gespräch am Institut läuft nicht richtig, da es nach wie vor zu wenig Planungssicherheit gibt. Zahlreiche Mitarbeiter sind befristet tätig oder in arbeitsrechtlichen Prozessen und mehrere Professoren noch nicht da.«*

Ost und West-Differenzen: überlagert von anderen

Sehr ausführlich konnten wir notieren, daß es zahlreiche Kontraste gebe, die rein gar nichts mit der Ost-West-Spezifik zu tun hätten und diese überlagerten. So wurden mehrfach wissenschaftstheoretische Unterschiede genannt. Da seien etwa *»die Differenzen zwischen Historischer und Systematischer Musikwissenschaft größer als die zwischen Ost und West«*, und *»auch die Westdeutschen kommen ja aus total verschiedenen sprachwissenschaftlichen Schulen«*. Es gibt also gleichfalls, kaum verwunderlich, West-West-Dissonanzen: *»Das Zusammenraufen war wesentlich auch ein West-West-Zusammenraufen. Der Neubeginn zahlreicher Leute zum gleichen Zeitpunkt ist ja immer auch mit einem Terrainabstecken verbunden.«* (Uni Leipzig O) Für ein sprachwissenschaftliches Institut in Berlin werden *»drei potentielle Bruchzonen«* angegeben: *»der wissenschaftstheoretische Streit um den Gegenstand, das Verhältnis von Ost und West, schließlich das von Alt-Humboldtianern und ehemaligen Akademie-Leuten. Ost/West ist nur eine davon. Die drei überlappen sich z. T., aber nicht immer.«* Auf hier auch angedeutete Ost-Ost-Konflikte wird ebenso mehrfach verwiesen: *»Es gibt Leute, die in der DDR eine periphere Stellung innehatten und nun mit der Berufung ein ausgesprochenes Vollmachtgefühl und Professorenherrlichkeit entwickeln.«* (HUB W) *»Es gibt keine Querelen unter Westlern oder zwischen Ost- und Westlern, sondern unter den Ostlern: sich durchkämpfende ehemalige Betonköpfe vs. andere Ossis.«* (gleichfalls HUB W) *»Manches an Konflikthaftigkeit ist dann aber auch orts-, nicht ostspezifisch: Der von der Humboldt-Universität gekommene Kollege ist den Wessis oft näher als den Hallensern.«* (Uni Halle W) Schließlich scheinen *»bei den Instituten, die vorher stärker politisch determiniert waren, Konflikte eher unter der Decke gehalten zu werden. Ihre Latenz zeigt sich dort statt dessen dann bspw. in geheimen Abstimmungen.«* (Uni Leipzig O)

Ost und West-Differenzen: gibt es nun aber auch

Indessen: Bei aller Relativierung ost-westlicher Unterschiede waren doch weitaus mehr Beschreibungen ebensolcher Kontraste zu notieren.
Sehr ausführlich wurden differierende Habitusformen geschildert: Von der vorsichtigen Formulierung: *»unterschiedliche Stile sind spürbar«* (O), über transzendierende Aussagen wie: *»Merkwürdig ist es, in einem Umfeld zu leben, wo '68 nicht stattgefunden hat: '68 hatte eine neue, zivile Kultur gebracht (und das kann man auch sagen, wenn man mit der Bewegung damals Schwierigkeiten hatte)«* (W), bis hin zu sehr deutlichen Meldungen: *»Wir haben hier ein vielfältig zusammengesetztes Gemisch aus inhaltlichen und ideologischen Dispositionen. Die Fähigkeit zur Rollendistanz ist bei den Ostdeutschen geringer ausgeprägt. Sie haben große Schwierigkeiten, sachliche Auseinandersetzungen, insbesondere, wenn die hart geführt werden, nicht auf die persönliche Ebene zu beziehen, also auf emotionale Implikationen zu verzichten. Deutlich wurde das z.B. bei einer Kolloquiumsreihe im ersten Jahr, in der alle Wissenschaftler ihre Projekte vorstellten, und sachliche, aber natürlich deutlich vorgetragene Einwände seitens der Westler bei den Ostdeutschen erhebliche Verstörungen auslösten. Bei den Ostlern gibt es eine stärkere Ängstlichkeit in Debatten und die Neigung, Unterstellungen zu vermuten bzw. mit solchen zu operieren. Das ist dann schon schwierig für jemanden, der aus einer eher rationalen Diskurskultur kommt, wo man sich argumentativ nichts schenkt.«* (W) Das war an einem Leipziger Institut. An einem Berliner Institut des gleichen Faches habe *»entkrampfend gewirkt, daß im ersten Jahr eine gemeinsame Ringvorlesung durchgeführt worden war, in der sich alle Professoren vorstellten – und alle jeweils anderen anwesend waren.«* (W) Ein weiterer Gesprächspartner faßte es so zusammen: *»Aus informellen Dingen wie Gesprächskulturen und Habitus ergeben sich automatische Gruppenzuordnungen – Fremd- und Selbstzuordnungen. Hier dann Grenzüberwindungen zu leisten, kostet Energie. Die aufzubringen verlangt bewußte Entscheidungen.«* (A)
Differenziert wird dabei immer wieder zwischen älteren und jüngeren WissenschaftlerInnen. Generationenunterschiede stellen offenbar einen Spezialfall der oben verhandelten Ost-Ost-Differenzen dar: *»Die älteren Mittelbau-Kollegen machen im wesentlichen, was sie schon immer gemacht haben.«* (Sprachwissenschaftler W) Doch den *»jungen Leuten – sie müssen sich der Konkurrenz stellen – gelingt die Öffnung nach außen problemlos. Bei den älteren Kollegen wirkt ganz augenscheinlich eine starke Traditionalität in der Methodenorientierung«* (anderer Sprachwissenschaftler W). Der Kontrast zeige sich auch in der Bewältigung des Institutsalltags: *»Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen älteren und jüngeren Ost-Kollegen: Die Älteren fragen ›Was sagt dazu die Institutsleitung?‹ Die Jüngeren sind wohl ziemlich froh über die eher lockeren Westverhältnisse bezüglich der allgemeinen Abläufe des akademischen Betriebs.«* (Literaturwissenschaftler W)
Die Gründe für die habituellen Differenzen sind, naheliegenderweise, wesentlich in den unterschiedlichen fachlichen Biographien zu finden. Beispiele aus den Fächern: *»Die Profilschneidung geht von westlichen Voraussetzungen aus. Daraus folgt eine strukturelle Benachteiligung der Ostdeutschen, da deren Profile meist schmaler sind. Zum Beispiel können viele Slawisten nur Russisch und haben kein weiteres Standbein.«* (W) *»In Westdeutschland hatte sich in den letzten 20 Jahren eine Kultur der werkimmanenten musikalischen Analyse aufgebaut, die in der DDR wohl keine so große Rolle gespielt hat. Im Augenblick findet gerade eine Verabschiedung davon statt hin zu stärker soziologischen Fragestellungen. Jedoch ist es ein Unterschied, ob man sich von etwas verabschiedet, das man durchgemacht, oder ob man sich – wie die ostdeutschen Kollegen – davon nicht verabschieden muß, da man es nie kennengelernt hat.«* (W) *»Im Prinzip gibt es keine Kulturunterschiede. Die Westdeutschen haben lediglich bestimmte Ausbildungs- und Fremdsprachenvorteile.«* (O) Oder zum Spezialisierungsverständnis: *»Bei der Ausarbeitung der Studienordnungen gab es dadurch Probleme, daß die Ostdeutschen gewohnt waren, daß für jedes Land ein eigener Studiengang bestand, es nun aber nur noch Südostasien und dgl., also regional spezifizierte Studiengänge gibt.«* (A)
Aus den unterschiedlichen fachlichen Biographien resultieren deutlich verschiedene Wissenschaftsverständnisse. Die Ostdeutschen seien stark positivistisch fixiert, wo bei den Westdeutschen mehr ein Offenhalten der Ansätze gepflegt werde. (Historiker W) Freundlicher drückt es ein Philosoph (W) aus: *»Es gibt eine Entwicklung bei den ostdeutschen Kollegen dahingehend, die Offenheit der philosophischen Debatte als ›allgemeine Verunsicherung‹ zu akzeptieren.«* Die schon genannte »augenscheinliche Traditionalität in der Methodenorientierung« findet sich signifikant häufig erwähnt. *»Viele ostdeutsche Kollegen haben Schwierigkeiten, neue methodische Ansätze aufzunehmen – oder überhaupt einen.«* (Sprachwissenschaftler W) Dies habe auch ganz praktische Folgen: *»Da der Mittelbau im Grundstudium tätig ist und dort andere nicht lehren können, um dem Mittelbau nicht die Arbeit wegzunehmen, fehlt dann bei den Studenten im Hauptstudium die Kenntnis der methodischen Vielfalt.«* (Literaturwissenschaftler W) Die Wahrnehmungen sind selbstredend auch nicht durchgehend einheitlich. So meint ein westdeutscher Dekan (Sprachwissenschaftler), daß es im Mittelbau weniger Verständnis für die Notwendigkeit des Umfangs zu erbringender Forschungsleistungen gebe, da er früher mehr auf die Lehre orientiert war. Dagegen macht ein Ostdekan

(gleichfalls Sprachwissenschaftler) darauf aufmerksam, daß der Umfang der Forschungsleistungen in den letzten Jahren massiv nachgelassen habe, weil der Mittelbau, der die Forschung bislang wesentlich mitgetragen habe, Lehrverpflichtungen von bis zu 16 Stunden übernehmen mußte – infolge Personalabbaus bei gleichzeitig anwachsenden Studierendenzahlen.
Ein Gespräch über die unterschiedlichen fachlichen Biographien und Wissenschaftsverständnisse scheint an den Instituten nur ausnahmsweise stattzufinden. So hätte es eigentlich nahegelegen, daß die öffentlichkeitsintensive Debatte zur DDR-Geschichtswissenschaft zwischen den Wissenschaftlern aus Ost und West diskutiert worden wäre, die währenddessen die historischen Lehrstühle besetzten. Schließlich war da u. a. behauptet worden, in der DDR-Geschichtswissenschaft habe es »nichts« gegeben, was eine Fortführung verdiente. Dagegen sind elf ostdeutsche Historiker[7] wiederberufen worden, auf die sich das vernichtende Urteil ja gleichfalls bezogen haben muß. Dies sei ein *»Nicht-Thema«* geblieben, wie ein Institutsdirektor (W) sagt. Jedoch sei das keine direkte Absicht gewesen. Eher habe wohl die *»operationale Klebrigkeit des Alltags«*, wie er einen bekannten Kollegen zitiert, zu dieser Nichtthematisierung geführt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie ein ostdeutscher Sprachwissenschaftler begründet, warum auch Kollegen, die früher nicht zur DDR gearbeitet hatten, sich heute DDR- und Transformationsgegenständen widmeten: Dies ergebe sich nicht nur aus der einzigartigen Forschungssituation, sondern müsse ebenso als Trotzreaktion verstanden werden: gegen das allgegenwärtige *»West beforscht Ost«*.
Eine weitere häufig genannte Differenz betrifft die unterschiedlichen Lehrkulturen. Ein ostdeutscher Dekan nennt die vormalige DDR-Lehrkultur *»stärker lehrerorientiert«*. Zwei Konflikte ergäben sich dabei: Zum einen eine Neigung zu mehr Reglementierung zur Einhaltung der Regelstudienzeit, zum anderen tendierten die Ostler *»stärker zu mundgerechtem Darbieten, während die Wessis deutlicher auf die Anregung der Entwicklung eigener Positionen orientiert sind.«* Ein Institutsdirektor (Geschichtswissenschaft W) erwähnt, er habe als Gründungsprofessor zunächst einmal die bis dahin übliche Testierung der Vorlesungen abgeschafft. Ein ostdeutscher Literaturwissenschaftler sieht die Einheimischen *»eher auf Studienerfolg orientiert«*. Differenzierend meint ein Berliner Institutsdirektor (W): *»Manche der Westdeutschen kamen aus Unis mit sehr unstrukturierten Studiengängen und waren von daher ganz angenehm überrascht über die hiesige Situation. Zugleich genossen die Ossis stark die Freiheit der Lehre. Wiederum zugleich hatten aber auch die Ost-Professoren die Studien- und Prüfungsordnungen von FU und TU abgeschrieben.«* Ein Altertumswissenschaftler (O) bekennt nicht ohne Stolz, daß die Studien- und Prüfungsordnungen völlig den westdeutschen angeglichen seien.
Im übrigen wird aber auch darauf hingewiesen, daß es hier ebenso ost-west-übergreifende Übereinstimmung gegeben habe: Bei den Studien- und Prüfungsordnungen seien die unterschiedlichen Ansichten querbeet verteilt gewesen. (Jena W) Die starke Anlehnung an ein vorgabenorientiertes Studium werde von den Westdeutschen mitgetragen. (Rostock O) Schließlich wird von Ost- wie Westseite konstatiert, daß die Prüfungsanforderungen noch uneinheitlich seien: *»Die Ostdeutschen sind großzügiger.«* (Geschichtswissenschaftler W) *»Westdeutsche prüfen wohl etwas strenger – vermutlich, da sie an einen anderen Studententypus gewöhnt sind: den Absolventen des klassischen Gymnasiums.«* (Altertumswissenschaftler O) Mitunter setzen sich die Ostler auch durch, zu wessen Nutzen auch immer: *»Ein Problem tauchte auf, als die Westdeutschen ihre Doktoranden mitbringen und zu diesem Zwecke das Rigorosum abschaffen wollten. Aber wir hatten das ja gerade erst wieder eingeführt. Wir haben es erfolgreich verteidigt!«* (Sprachwissenschaftler O)

Ost und West-Differenzen: modal

All dies vollzieht sich vor dem Hintergrund ost-west-differenzierter Berufungs- und Beschäftigungsmodalitäten. Ein Philosoph (W) verweist darauf, daß bei beobachtbaren Diskriminierungen ostdeutscher Wissenschaftler unterschieden werden müsse zwischen aktiver und passiver

7 An den von uns hier betrachteten sechs Universitäten.

Diskriminierung: *»Die passive ist häufiger. Für den Einzelfall ist das problematisch, obwohl oft nicht so gemeint.«* Ein Beispiel nennt ein Berliner Dekan (W): Die Berufungen waren durchweg Neuberufungen (entsprechend Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz). Das heißt, alle Rufempfänger haben auch Verhandlungen geführt und die gleiche Grundausstattung erhalten. Aber: Die Verhandlungsposition der Ostdeutschen, also oftmals der alten Stelleninhaber, war die eines West-Privatdozenten. Wenn der seine erste Stelle antrete, habe er keine Verhandlungsspielräume.
Gravierender noch sind die Probleme unterhalb der professoralen Ebene. Ein Historiker (W) kann zwar verstehen, daß der vorgefundene ostdeutsche Mittelbau an seinen befristeten Beschäftigungen, die oft kurz zuvor noch unbefristet waren, hänge und die Ausschöpfung von Verlängerungsmöglichkeiten wünsche. Zugleich hätten aber die neuberufenen Professoren auch ein legitimes Interesse daran gehabt, eigene Assistenten mitzubringen: *»Die benötigten sie für einen erfolgreichen Start einfach.«* Eine Spur drastischer ein Sprachwissenschaftler (W): *»Der Mittelbau hat die Gewöhnung an Zeitstellen noch nicht vollbracht. Darin zeigen sich gewisse Schwierigkeiten, sich zu drehen.«*
Schließlich gibt es noch zwei Sachverhalte, die offenkundig permanente Anlässe zur Unzufriedenheit sind: Da ist zum einen die 80%-Vergütung der ostdeutschen Beschäftigten, die obendrein oftmals wegen fortgeschritteneren Lebensalters nicht mehr verbeamtet werden. Letzteres dürfen wir durchaus unter die problematischeren Aspekte der Vorgänge verbuchen: Es ist ja nicht als ein Schritt zur Beschränkung des Berufsbeamtentums auf hoheitliche Aufgaben gedacht. Besonders pikant wirken solche Sonderungen, wie sich denken läßt, an der Humboldt-Universität in Berlin. Zum anderen wird das nach wie vor relevante Phänomen der *Di-Mi-Dos*, der Dienstag/Mittwoch/Donnerstag-Professoren, die zum regelmäßig verlängerten Wochenende dorthin fahren, wo sie hergekommen sind, als unfein empfunden. Das trifft augenscheinlich einen ostdeutschen Nerv: Zum Geldverdienen (100 %) und zur Stellenversorgung für die daheim nicht untergebrachten Schüler sei es bei uns wohl gut genug, aber hier zu wohnen übersteige dann offenbar die Grenze des Zumutbaren. Abseits aller mitschwingenden Ressentiments bleibt wohl richtig: Wer nur drei Tage pro Woche höchstselbst anwesend ist, läßt, entgegen allen anderslautenden Beteuerungen, Arbeit liegen, die dann, wenn sie unaufschiebbar ist, von den ständigen Residenten erledigt werden muß. Immerhin scheint unterdessen auch eine beachtliche Zahl von West-ProfessorInnen ihren Lebensmittelpunkt nach Ostdeutschland verlegt zu haben.

Ost und West-Differenzen als Projektionsfläche

Zwei bemerkenswerte Statements sind formuliert worden, die vor gefälligen, aber unzulässigen Zuweisungen und Verallgemeinerungen im Ost-West-Fokus warnen:
»Oft sind es gar keine von einer Ost-West-Differenz bestimmten Probleme. Doch ist es auch verführerisch, irgendwelche Konflikte auf dieser Ebene abzubilden. Zum Beispiel ertappt man sich bei Schwierigkeiten mit der Verwaltung und den sich dabei aufstauenden Aggressionen durchaus bei dem Gedanken: ›Hier hätte mal richtig aufgeräumt werden müssen.‹ Obwohl man ja aus den West-Hochschulen auch die Schwierigkeiten mit der Verwaltung kennt. Hier kommt dann freilich noch die mangelnde Professionalität hinzu. Die wäre aber vermutlich, wenn man genauer drüber nachdenkt, kaum besser, wenn ›richtig aufgeräumt‹ worden wäre.« (Kulturwissenschaftler W)
Und: *»Die Abwehr bzw. Neugierde bei Einheimischen wie Neuhinzugekommenen (unter denen sich ja auch z. T. Unerfahrene befinden) ist normal für jede Situation, wo Alte und Neue aufeinandertreffen. Das ist also nicht nur typisch für die hiesige Situation. Nur fällt es hier mit der unterschiedlichen Ost- bzw. West-Herkunft zusammen und wird auf dieser Folie reflektiert. Im übrigen besteht die Gefahr einer Verwechslung von Überforderung der Organisation einerseits und den Kontingenzen der Mentalitäten wie der Transformation andererseits: Anforderungen wie hier hätten wohl jede Organisation überfordert.«* (Regionalwissenschaftler A)
Zumindest, so können wir festhalten, kristallisieren sich Wahrnehmungskollektive Ost und West heraus – trotz aller auch anzutreffender,

z. T. vordergründiger, Bemühungen um ein behagliches Bild des Miteinanderauskommens.

Ost und West: Wahrnehmung und Erfahrung

Es gibt unbestreitbar Ost-West-Unterschiede in den sozialen Erfahrungen und kulturellen Bezügen, was hier insbesondere an den jeweiligen fachlichen Biographien manifest wird. Daraus begründen sich differierende Habitusformen, Wissenschaftsverständnisse und Lehrkulturen. Sodann tragen einige Beschäftigungs- und Berufungsmodalitäten jedenfalls nicht dazu bei, die Unterschiede zu vernebeln: Ungleiche Verhandlungsmacht bei Berufungen, Ost-West-Verdrängungen im Mittelbau oder 80%-Gehälter offenbaren eine gewisse Ungerechtigkeit der Chancenverteilung. Die Wahrnehmungen produzieren in beiden Gruppen jeweils weitgehend einheitliche Bewertungen, die, in unterschiedlich zugespitzten Formulierungen, insoweit generalisieren, als sie die je ›andere Seite‹ als intern gering differenzierte Population auffassen. Aus den Perzeptionen (einschließlich Mißperzeptionen), zusammen mit den Beschäftigungsmodalitäten, konstituiert sich eine mehr oder weniger diffuse Stimmungslage. Zu deren Bestandteilen zählen Abneigungen zwischen Ost- und Westdeutschen, und wo sie vorkommen, treffen sie kollektiv. Zuneigungen dagegen sind individuell. Das funktioniert jeweils in beide Richtungen. In einigen Bereichen wird freilich das Zusammenwachsen merklich dadurch erleichtert, daß kaum noch Ostdeutsche da sind. In mehreren Instituten sind die Ost-West-Beziehungen mit einer hierarchischen Brechung parallelisiert: Ostdeutsche finden sich vornehmlich auf den untergeordnet(er)en Stellen, C3-besoldet und im Mittelbau. Dies mündet unter anderem in eine schwächere Vertretung der Ostdeutschen in den Gremien der Selbstverwaltung und eine westdominierte Diskurskultur.

Unabhängig davon, wie man sie im einzelnen bewerten mag, bleibt zu konstatieren: Die Wahrnehmungen haben empirische Gründe. Es fragt sich, ob die Gründe die Heftigkeit der Wahrnehmungen hinreichend stützen. Schauen wir uns das abschließend für die ostdeutsche Seite – da sie wegen der Zusammensetzung unserer GesprächspartnerInnen schwächer vertreten war – etwas genauer an.

Die deutsch-deutsche Vereinigung im Wissenschaftsbereich war ein Akt einseitiger Befruchtung. Daraus resultiert die Empfindung der Verdrängung. Da hilft es im konkreten Einzelfall auch nicht, die Durchmischung im allgemeinen begrüßenswert zu finden. Selbstverleugnung hat, wie man es auch dreht, Grenzen.

Der Ost-West-Durchmischung in den ostdeutschen Geisteswissenschaften steht keine West-Ost-Durchmischung im Westen gegenüber. Der West-Anteil an der ostdeutschen Professorenschaft (bei den Geisteswissenschaften, wie erwähnt, 65 %) ließe sich noch mit dem Hinweis auf eine unbestreitbare Tatsache erklären: Es gibt in der Bundesrepublik nun einmal mehr West- als Ostdeutsche. Auf der anderen Seite hat es innerhalb von sechs Jahren nahezu keine (in den Geisteswissenschaften unter zehn) Ost-Berufungen nach Westdeutschland gegeben. Das als Zufall anzusehen, wird wohl nur denen gelingen, die Berufungsabläufe für ausschließlich rationalen Kriterien folgende Vorgänge halten. Die landläufigen Einwände, die ostdeutschen BewerberInnen hätten schmale Publikationslisten, ungenügende Auslandserfahrungen und ähnliche technische Mängel aufzuweisen, greifen immer weniger. Zum einen sind diese Mängel nach sechs Jahren wenigstens teilweise behoben. Zum anderen ist bekannt, daß die BewerberInnen sie in der Regel nicht selbst verschuldet haben. Die Frage ist, ob fleißiges Artikelschreiben und Kontaktehalten oder originelles Denken mehr für den Professorenberuf prädestiniert: zumindest in den Fällen, wo beides nicht zusammenfällt.

Der Assimilationsdruck auf die Ostdeutschen schließlich verdichtet diese Erfahrungen zur Wahrnehmung eines umfassenden, insbesondere nichthinterfragbaren Anpassungszwanges. Die Notwendigkeit, um ein Beispiel zu nennen, kaufmännisches Verhalten ausbilden zu müssen, um sich die Mittel für ein Forschungsprojekt zu sichern, und dies als akademische Kulturtechnik akzeptieren zu sollen: dieser Zwang wird nicht durchweg als Gewinn an Freiheit empfunden.

Auffällig waren dagegen in den Interviews die Hinweise auf die jungen Ostwissenschaftler, die, von westdeutschen GesprächspartnerInnen, immer wieder aus einzelnen negativen Bewertungen herausgenommen wurden. Hier scheint sich den Westdeutschen in besonderer Weise zu zeigen, was als übergreifende Notwendigkeit für erfolgreiches Agieren gilt: Flexibilität. Die tritt an den Ost-Hochschulen, aber nicht nur dort, auf als kreative Beweglichkeit und als anpasserische Wendigkeit. Erstere eignet sowohl DDR-Karrieristen, gespeist aus trainiertem Durchsetzungsvermögen, wie DDR-Nonkonformisten, begründet in Konfliktfähigkeit, die auf individueller Autonomie beruht. Anpasserische Wendigkeit zeichnet den klassischen Mitläufertyp aus. Er ist zu flexibler Verhaltensanpassung solange fähig, als die neuen Rahmenbedingungen strukturelle Ähnlichkeiten zu den vorangegangenen aufweisen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Flexibilitätsformen: Die Träger der ersteren suchen sich ggf. ihre Möglichkeiten selbst. Den Trägern der letzteren müssen die Möglichkeiten geboten werden, denn anderenfalls versagen die ihnen zur Verfügung stehenden subjektiven Handlungspotentiale vor den Anforderungen der geänderten Bedingungen.

Trotzdem gibt es zwischen beiden Gruppen eine unterschwellige Kohärenz, welche die Fremd- und Selbstzuordnung unter dem Signum *ostdeutsch* perpetuiert. Das bewirken nicht allein biographisch-kulturelle Gemeinsamkeiten. Hinzu tritt vielmehr: Sowohl die einen (man vergleiche etwa die zu erwartenden Renten der älteren ProfessorInnen) als auch die anderen haben bisweilen manches inkaufzunehmen, das sich nicht ohne weiteres von selbst versteht. Es muß, wie erwähnt, bei der Frage, ob Benachteiligungen vorkamen oder -kommen, unterschieden werden zwischen aktiver und passiver Benachteiligung. Die passive ist häufiger, und sie ist eigentlich nicht so gemeint. Für die jeweilige Person bleibt sie gleichwohl problematisch. Im Bereich des sog. Nachwuchses finden wir dafür ein relativ häufiges, die Sache gut verdeutlichendes Beispiel: An den meisten Hochschulen ist es mittlerweile üblich, unpromovierte (aber promovierende) AssistentInnen auf halben Stellen zu beschäftigen. Osttypisch ist dabei, daß dies allein als Großtat für die Nachwuchsförderung aufgefaßt wird, der Gedanke an eine de facto untertarifliche Beschäftigung niemandem spontan kommt, aber auch nach längerem Nachdenken nicht recht einleuchten will. Zugleich findet sich immer wieder einmal ein nichtpromovierter Assistent auf einer vollen BAT-Stelle. Wo dies vorkommt, handelt es sich dann regelmäßig um einen Westdeutschen. Der aus Westdeutschland berufene Professor, der seinen Assistenten von der alten Hochschule mitgebracht hat, verfügte über Verhandlungsmacht, weil er ja auch hätte wegbleiben können. So konnte er die tarifliche Beschäftigung seines unpromovierten Assistenten durchsetzen, gegen alle Beteuerungen des Personaldezernats, daß dies hier völlig unüblich sei. Die wiederberufene Ost-Professorin hingegen, die eine ostdeutsche Assistentin beschäftigen wollte, konnte schwerlich mit Rufablehnung drohen; und der West-Professor, der vorhandene Ost-Assistenten übernehmen mußte, nahm lieber zwei halbe als einen ganzen, weil dann vielleicht einer dabei ist, mit dem er vernünftig arbeiten kann. Also, alles erklärlich und trotzdem tendenziell diskriminierend, insbesondere wenn wir nun auch noch die differenzierten Ost-West-Gehaltsregelungen in den Blick nehmen: Wo ein Westdeutscher im Osten durchaus eine gute Chance hat, mit 100% Westgehalt auf einer vollen BAT-Stelle zu promovieren, da kommt für seinen ostdeutschen Kollegen höchstens eine halbe BAT-Stelle mit entsprechendem Ostgehalt infrage.

Derartige Erfahrungen des Nachwuchses treffen auf strukturell nicht unähnliche der älteren OstkollegInnen. Nicht ohne Eindruck bleibt etwa eine gewisse Lässigkeit mancher unserer Interviewpartner in der Betrachtung des Mittelbau-Befristungsproblems. *»Der Mittelbau hat die Gewöhnung an Zeitstellen noch nicht vollbracht. Darin zeigen sich gewisse Schwierigkeiten, sich zu drehen«*, meinte ein Sprachwissenschaftler (W). Denkbar freilich auch, daß sich darin ebenso gewisse Schwierigkeiten zeigen, so kontaktreich und mobil auf dem gesamtdeutschen Wissenschaftsmarkt herumzutollen wie fünfzehn Jahre jüngere, kinderlose WestkollegInnen, die im Notfall dann auch mal eine, durch Vertragsablauf gerade frei gewordene, Stelle im Osten annehmen.

Doch erinnern wir zum Schluß noch einmal an die häufige Betonung, daß es keineswegs nur Konfliktlinien zwischen Ost und West gebe. Als Motive dieser Relativierung konnte zweierlei

geortet werden: Eine Gruppe der Befragten ist schlicht enerviert von der deutsch-deutschen Nabelschau. Sie möchte folglich darauf aufmerksam machen, daß Konflikte und Differenzen in jeglichen sozialen Bezügen eine banale Normalität darstellen. Einer anderen Gruppe scheint das Thema unangenehm. Denn es gilt wohl als irgendwie unziemlich, trotz des Vereintseins noch immer nicht vereint zu sein. Wie auch immer: Die Vereinigung einer von angelsächsischem Einfluß nicht gänzlich unberührten Beamtenwissenschaft mit ihrem der Wirtschaft entlehnten Produktmarketing einerseits und, andererseits, der zuvor an den ›herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft‹ orientierten zentralplangesteuerten Erkenntnissuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe ›Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‹ – diese Vereinigung scheint jedenfalls schwieriger, als es die bereits vorliegenden Vollzugsmeldungen von Hochschulverband und Hochschulrektorenkonferenz nahelegen.

Kriminalitätsentwicklung und Verbrechensfurcht in Ost- und Westdeutschland

Helmut Kury, Freiburg i. Br.

Die Kriminalität in den westlichen Industrieländern, auch in der früheren Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich angestiegen. Hierauf weisen etwa die Innenminister jährlich bei der Bekanntgabe der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hin. Als Mittel zur Eindämmung eines weiteren Anstieges werden meist repressive Maßnahmen angekündigt, etwa eine schärfere Handhabung der Gesetze oder deren Ausbau, ferner eine Stärkung der Polizei. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang gerade in den letzten Jahren auf eine Zunahme der Jugendkriminalität hingewiesen. Es handele sich angeblich um immer jüngere und immer brutalere Täter. Von wissenschaftlicher Seite sind diese Behauptungen jedoch umstritten. So konnte beispielsweise Steffen[1] in ihrer Analyse der Kriminalitätsentwicklung für Bayern nicht feststellen, daß von immer jüngeren Tätern gesprochen werden müsse.

Daß die Kriminalität – bei aller Ungenauigkeit der Angaben der PKS – angestiegen ist, wird aber auch von wissenschaftlicher Seite nicht bezweifelt. So betrug die Häufigkeitsziffer (polizeilich registrierte Straftaten pro 100 000 der Wohnbevölkerung) für alle Straftaten in der Bundesrepublik 1970 noch 3924, 1980 lag sie bei 6198, 1990 schließlich stieg sie weiter auf 7108, wobei der letzte Wert für Gesamtdeutschland gilt und aufgrund von Erfassungsungenauigkeiten durch den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten mit Zurückhaltung zu interpretieren ist. 1994 schließlich lag der Wert für das wiedervereinigte Deutschland bei 8038. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß etwa die Hälfte der Straftaten im Dunkelfeld verbleibt, d. h. polizeilich nicht registriert wird, so daß lediglich etwa 50 Prozent aller begangenen Straftaten statistisch erfaßt werden.

Weniger Kriminalität in der DDR

Für die DDR zeigt sich dagegen, zumindest was die offiziell registrierte Kriminalität betrifft, ein weitgehend anderes Bild: Die Häufigkeitsziffern, wie sie die DDR-Kriminalstatistik auswies, beliefen sich für 1970 auf 640, 1980 auf 772. Für 1989, dem letzten erfaßten Jahr, lag sie bei 601; 1987 hatte sie noch bei 690 gelegen. Insgesamt lag somit die offiziell registrierte Kriminalitätsbelastung in der DDR bei etwa zehn Prozent derjenigen Westdeutschlands. Freiburg[2] weist jedoch zu Recht darauf hin, daß auch in der DDR die Zahl der registrierten jungen Rechtsbrecher im Laufe der Jahrzehnte erheblich zugenommen hatte. Insgesamt blieb

1 W. Steffen: »Polizeilich registrierte Gewaltkriminalität Jugendlicher in Bayern«, in: S. Lamnek (Hrsg.), Jugend und Gewalt. Opladen 1995, S. 277–290.
2 A. Freiburg: »Jugendkriminalität in der DDR – Erscheinung, Erklärung, Bekämpfung«, in: A. Böhm u. a. (Hrsg.), Kriminologie in sozialistischen Ländern, Bochum 1985, S. 137–164.

jedoch das Faktum einer deutlich niedrigeren offiziell registrierten Kriminalitätsbelastung in der DDR.

DDR-Kriminologen sahen die Hauptursachen für die Kriminalität in einem Interessengegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft, der, grob skizziert, in der Herausbildung von Privateigentum begründet sei.[3] Mit der Abschaffung des kapitalistischen Systems sei somit in der DDR die Hauptursache für die Kriminalität weggefallen. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine schrittweise und beharrliche Zurückdrängung der Kriminalität wurden als gegeben angesehen.[4] Buchholz[5] etwa sah die Wahrscheinlichkeit für die Begehung von Straftaten in der sozialistischen DDR als um so geringer an, je weiter die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft vorangeschritten sei. Von westlicher Seite wurde die niedrige Kriminalitätsbelastung in diesem Ausmaß in der DDR stets angezweifelt; wie sich inzwischen zeigt, zu Recht. So weisen beispielsweise von der Heide und Lautsch[6] darauf hin, daß einzelne Straftaten, so beispielsweise ein Massendelikt wie der Fahrraddiebstahl, anders gezählt wurden. So wurde in der DDR zwischen Fahrraddiebstahl und Fahrradverlust unterschieden, wobei die Zuordnung mehr oder weniger willkürlich erfolgte und lediglich der Fahrraddiebstahl als Straftat in die polizeiliche Kriminalstatistik einging. Die Autoren versuchten, die DDR-Statistik mit derjenigen der BRD vergleichbar zu machen, aus nachvollziehbaren Gründen ein schwieriges Unterfangen. Für das Jahr 1988 haben die Autoren diejenigen Delikte, die in den offiziellen DDR-Statistiken ausgeklammert wurden, in der BRD aber mitgezählt wurden, nachträglich dazugerechnet, so weit dies möglich war. So errechneten sie für die DDR immerhin eine Verdreifachung der registrierten Straftaten. Daraus ergab sich eine Häufigkeitsziffer von 2365, nach wie vor jedoch lediglich ein Drittel der Kriminalitätsbelastung der BRD. Eine Dunkelfeldforschung, die wichtige, die Kriminalstatistik ergänzende Informationen zur Kriminalitätsbelastung, insbesondere bezüglich des nichtregistrierten Teils der Straftaten (Dunkelfeld) ergeben könnte, gab es in der DDR kaum.[7] Die einzige bekannte Opferbefragung in der DDR bezog sich auf die Dunkelziffer bei sexuellen Straftaten und wurde in den sechziger Jahren von Rennert[8] durchgeführt. Befragungen wurden in der DDR zwar bei verurteilten Personen unternommen, nicht aber bei unbescholtenen Bürgern.

Man kann heute davon ausgehen, daß die Kriminalitätsbelastung in der DDR deutlich niedriger war als in der BRD, allerdings nicht in dem seinerzeit von seiten der DDR offiziell behaupteten Ausmaße.[9] Bei aller Ungenauigkeit solcher Hochrechnungen[10] wird angenommen, daß die Kriminalitätsbelastung in der DDR etwa ein Drittel derjenigen der BRD betrug.

Steigende Kriminalitätsbelastung nach der »Wende«

Die Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung sind plausibel und können auch theoretisch begründet werden. Kriminalität ist deutlich von gesellschaftlichen Bedingungen abhängig, und diese unterschieden sich in der sozialistischen DDR deutlich von denen in der kapitalistischen BRD. So ist die niedrige Kriminalitätsbelastung in der DDR in Zusammenhang mit der dort wesentlich größeren formellen und informellen Kontrolle des Verhaltens der Bürger zu sehen, den reduzierten Gelegenheitsstrukturen, dem geschlossenen Staatssystem, das Wanderungsbewegungen erheblich reduzierte, aber auch konservativeren Erziehungsmustern. Es war in

3 Vgl. J. Lekschas/H. Harrland/R. Hartmann/G. Lehmann, Kriminologie. Theoretische Grundlagen und Analysen, Berlin 1983, S. 72.
4 Vgl. ebd., S. 135.
5 E. Buchholz: »Reasons for the low rates of crime in the German Democratic Republic«, Crime and Social Justice 29 (1987), S. 26–42, hier: S. 33; vgl. auch J. Lekschas u. E. Kosewähr: »Kriminologie in der DDR«, in: G. Kaiser/H. Kury/H.-J. Albrecht (Hrsg.), Kriminologische Forschung in den 80er Jahren, Freiburg 1988, S. 19–56.
6 F. von der Heide u. E. Lautsch: »Entwicklung der Straftaten und der Aufklärungsquote in der DDR von 1985–1989«, Neue Justiz 45 (1991), S. 11–15.
7 Vgl. A. Freiburg, Kriminalität in der DDR, Opladen 1981, S. 24.
8 H. Rennert: »Untersuchungen zur Gefährdung der Jugend und zur Dunkelziffer bei sexuellen Straftaten«, Psychiatrie, Neurologie und Medizinische Psychologie 17 (1965), S. 361–367.
9 Vgl. etwa E. Kube: »Kriminalität in Deutschland. Ein Ost-/Westvergleich«, in: G. Kaiser/J. Jehle (Hrsg.), Politisch-gesellschaftlicher Umbruch. Kriminalität und Strafrechtspflege, Heidelberg 1993, S. 19–34, hier: S. 23 ff.
10 Vgl. U. Baier/A. Borning: »Mysterium DDR-Kriminalstatistik«, Kriminalistik 45 (1991), S. 273–278.